

Dr. Udo Wolter: Landesärztekammer sieht Gesprächsbedarf mit dem Brandenburgischen Gesundheitsministerium

An der Kammerversammlung am 11. Januar wird erstmals Brandenburgs Gesundheitsminister Günter Baaske teilnehmen, um seinen Standpunkt zu aktuell politischen Themen darzulegen. Bereits im November 2002 gab es ein Gespräch des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers der LÄKB mit dem neuen Gesundheitsminister, über dessen Inhalt Dr. med. Udo Wolter mit dem „Brandenburgischen Ärzteblatt“ sprach.

Was war Ihr Anliegen?

Minister Baaske ist neu in seinem Amt. Da wir als Landesärztekammer Brandenburg Körperschaft öffentlichen Rechts sind, ist es selbstverständlich für uns gewesen, einen Antrittsbesuch zu machen, um uns vorzustellen und uns gegenseitig kennenzulernen.

Vor den Kammerdelegierten erläuterten Sie Ende November die Ministeridee, verstärkt Fachleute aus dem ambulanten Bereich in die Krankenhäuser abziehen. Welchen Hintergrund gibt es dafür und wie stehen Sie dazu?

Hauptthema war natürlich die Ärzteflucht in Deutschland und die Diskussion darüber, wie dem zu entgegenen ist. Es steht die Frage: Welche Aufgaben sollten hierbei die Lan-



Dr. Wolter vor den Kammerdelegierten

desärztekammer und welche das MASGF übernehmen? Eine Idee des Ministers war die Integration von ambulant und stationär, um die Ressourcen besser auszulasten. Das wird sicher ein langwieriger Prozess. Aber es ist schon seit 1996 das Ziel der SPD, wie im GSG II-Entwurf ersichtlich, den Facharztbereich ambulant und stationär zusammenzuführen. Wie das unter den jetzigen gesetzlichen Bedingungen aussehen soll, weiß ich

noch nicht. Vielleicht kann Herr Minister Baaske am 11. Januar etwas mehr dazu sagen. Er hat uns versprochen, an diesem Tag in der Kammerversammlung als Gast teilzunehmen.

In welcher Atmosphäre erfolgte das Gespräch? Welche Vorstellungen über diese Kontakte für die Zukunft gibt es?

Die Atmosphäre des Gespräches war gut. Sicher werden die Hauptkontakte zum MASGF vorwiegend auf Abteilungsleiter- und Staatssekretärebene liegen. Ich glaube, dass wir sicher im nächsten Jahr Gesprächsbedarf haben, wenn nicht die Gangart der Bundesregierung anders wird.

Durch die Wählerstimmen im Osten ist die Bundesregierung wieder für vier Jahre im Amt. Bisher habe ich aber keinerlei Reaktionen in diese Richtung gemerkt. Ich hoffe, dass Minister Stolpe bei seiner Kritik bleibt – wie ich sie im Dezember gelesen habe: Die Zeit des „Spücheklopfens“ sollte vorbei sein und die Politik durch konkretes Handeln überzeugen. Das ist im Gesundheitswesen bitter nötig, um einen Scherbenhaufen zu verhindern.